

## Die wirtschaftliche Krise in Deutschland

Von Dr. Erwin Steiniger, Berlin.

Die militärische Demobilisierung geht trotz des überhasteten Tempos dank der im allgemeinen ungebrochenen Disziplin der Fronttruppen (und dank dem Welterfunktionieren der alten bürokratisch-bureaucratischen Verwaltung auf dem Gebiete des Transport- und Ernährungswesens) ohne katastrophale Begleiterscheinungen vor sich. Sie ist bereits sehr weit vorgeschritten; die überwiegende Masse der Truppen dürfte in kurzer Zeit in der Heimat angekommen sein. Da die wirtschaftliche Demobilisierung das Menschenmaterial, das ihr die militärische zuführt, unmittelbar erfassen und so rasch wie möglich ökonomisch neu einstellen soll, hätte sie in den letzten Wochen ihre Arbeit und deren Wirkungsgrad rasch und progressiv steigern müssen. Das ist leider nicht erreicht worden. Die wirtschaftliche Demobilisierung hatte zunächst zwei Hauptaufgaben. Die erste war, mit Hilfe der schon in der Heimat befindlichen und der heimkehrenden Arbeitskräfte die Erzeugungen und Leistungen, die für die Erhaltung und den Wiederaufbau der Wirtschaft am dringendsten waren — Kohlen- und Eisenproduktion, Nahrungsmittelherstellung, Transport, vor allem Eisenbahnbetrieb — bis auf das Bedarfsmaß auszudehnen. Die zweite bestand darin, die nach dem Aufhören der Heeresproduktion sinnlos gewordene und politisch, produktionspolitisch, wohnungspolitisch, ernährungspolitisch, finanzpolitisch gefährliche Anhäufung der Arbeiter in den Kriegsindustrienzentren zu beseitigen und die Arbeitskräfte entsprechend der Unterbringungs-, Beschäftigungs- und Ernährungsmöglichkeit im Reich zu verteilen. Bisher ist beides mißlungen.

Die Kohlenförderung ist in den wichtigsten Revieren auf etwa die Hälfte der Kriegsproduktion gesunken. Die Saarohle war für Deutschland bisher ganz verloren; aus der erheblich verminderten Ruhrkohlenförderung sollten Ansprüche der Entente für Belgien und Nordfrankreich befriedigt werden. Die Ursachen des Erzeugungsrückganges liegen einmal in fortwährenden wilden Streiks, die in Oberschlesien und im Ruhrrevier von polnischer und bolschewistischer Seite herbeigeführt und mit krupellosem Terrorismus durchgeführt werden, außerdem in starkem Sinken der Leistung des einzelnen Arbeiters infolge der Verkürzung der Arbeitszeit und der politischen Unruhe. Die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften bleibt unbefriedigt; selbst für die Arbeit im Tagbau in den Braunkohlenrevieren nahe Berlin melden sich trotz der rapid anschwellenden Arbeitslosigkeit in den Großstädten keine Leute. Die Folge des Kohlenmangels ist (neben einer in der Demobilisierungsperiode besonders lästigen Behinderung des Eisenbahnverkehrs), daß der ganze industrielle Produktionsprozeß, der sich auf der Kohle aufbaut, nicht ausreichend in Gang gebracht und in Gang erhalten werden kann. In Süddeutschland stehen für die Industrie so gut wie gar keine Kohlen zur Verfügung; in Berlin arbeitet die Metallindustrie mit vier- bis fünfstündiger Beschäftigungszeit. Die Neuerzeugung von Gütern, die Reetablierung der gesamten Produktionswirtschaft wird dadurch außerordentlich verlangsamt, auf der andern Seite die Arbeitslosigkeit für jetzt und später aufs tiefste beschnitten. Wenn im Frühjahr die Bautätigkeit beginnen soll, wird es an Baumaterialien fehlen, weil ihre Herstellung gegenwärtig durch den Kohlenmangel unterbunden wird.

Die Eisenerzeugung wird vorläufig nur durch die Kohlen- und die Arbeitskrise gemindert; Erzvorräte sind noch vorhanden. In einigen Monaten steht aber der Eisenindustrie eine schwere Krise bevor, wenn bis dahin der Kohlenersatz zwischen dem besten südwestdeutschen Bezirk und Rheinland-Westfalen nicht wieder in ausreichendem Umfange eingeführt hat. — Der Eisenbahnbetrieb leidet unter der Arbeitskrise in manchen Provinzen, besonders im Osten, unter Arbeitermangel, vor allem aber unter dem Rückgange der Tagesleistung des einzelnen Arbeiters; die Reparaturen in den Werkstätten beispielsweise werden viel langsamer erledigt als früher. — In der Landwirtschaft herrscht trotz der Jahreszeit mindestens auf den größeren und großen Gütern Arbeitermangel; allerdings leisten bisher die Landwirte selbst passiven Widerstand gegen den Zustrom radikalierter Arbeiter aus den Städten. Deshalb fehlt es hier vorderhand an einer zentralen Organisation der Arbeitsvermittlung. Noch schärfer als in der Landwirtschaft ist die Arbeiterknappheit in der Nahrungsmittelindustrie; so sind die Zuckerfabriken außerstande, die Arbeitskräfte zu bekommen, die sie brauchen.

Diesem verhängnisvollen Manko an Arbeitskräften und Arbeitsleistung in den allerwichtigsten Produktions- und Betriebszweigen steht nun gegenüber eine reizend zunehmende Ueberfüllung der Kriegsindustrienzentren und namentlich Berlins mit Arbeitslosen und nicht arbeitenden Wollenden. Die kürzlich für Berlin genannte Ziffer von 400.000 Arbeitslosen ist vorderhand sicher stark übertrieben; in ihr dürften in sehr großer Menge Militärpersonen enthalten sein, die die Hauptstadt inzwischen wieder verlassen haben. Mehr als hunderttausend Arbeitslose aber wird es in Berlin zweifellos bereits geben; und dazu kommt eine vermutlich viel größere Anzahl Halbfeiernder, unzureichend Beschäftigter. In den Hafenstädten, den Industrienzentren Mitteldeutschlands, des Westens, Sachsens in bescheideneren Dimensionen das gleiche Bild! Nicht einmal innerhalb engerer Bezirke gelingt der Arbeitsausgleich. Die feiernden Arbeiter Stettins wären auf dem Lande und in den Kleinstädten in Pommern leicht unterzubringen; aber sie ziehen es vor, ohne Arbeit in Stettin zu bleiben.

Daß die Arbeiter aus den Zentren, vor allem aus Berlin, nicht herausgehen wollen, hat in erster Linie politisch-psychologische Gründe. In den Großstädten tritt die revolutionäre Verschiebung der Macht zugunsten der Arbeiter am stärksten hervor; hier fühlen sie sich weit mehr als in der Provinz oder auf dem Lande als Herren der Lage. Die stärkere revolutionäre Rückendeckung in der Großstadt wirkt übrigens auch direkt auf die Wirtschaftslage der Arbeiter: hohe Lohnforderungen begegnen geringerem Widerstand, der Druck zur Annahme von Arbeit bei der Durchführung der Erwerbslosenunterstützung ist geringer als in der Provinz oder fehlt ganz, weil man von ihm ungünstige Wirkungen für die öffentliche Ruhe und Sicherheit besürchtet. In den Revolutionszentren empfindet der Arbeiter, auch wenn er ohne Erwerb ist, keine Sorge für seine Subsistenz; die Revolution nährt ihn.

Die Erwerbslosenunterstützung sollte ein letzter Rückhalt für diejenigen sein, für die in der Demobilisierungs- und Uebergangswirtschaft tatsächlich keine Arbeit zu finden war. In der revolutionären Praxis ist sie in Wahrheit — wenigstens in den Großstädten — eine arbeitsfreie Rente für alle diejenigen, die feiern wollen. Ihr Betrag ist ja freilich nicht hoch; der Abstand zwischen der Unterstützung und dem Reallohn, der in der Provinz oder selbst auf dem Lande erzielt werden kann, wäre an sich groß genug, um einen Druck zum Suchen von Arbeit auszuüben. Aber in den Zentren gibt es ja für einen großen Teil der Arbeitslosen neben der Unterstützung noch andre Erwerbsmöglichkeiten — vom Schleichhandel mit Heeresgerät bis zur gut bezahlten Spartacusagitation. Solange diese Erwerbsquellen nicht versiegen, wird ohne durchgreifenden Zwang gegen die Ueberfüllung der Großstädte (und vor allem Berlins) nichts auszurichten sein.

Die revolutionäre Lohnbewegung scheint noch nicht zur Ruhe kommen zu wollen. Die Gewerkschaften sind — namentlich in Berlin, im Westen und in Oberschlesien — in weitem Maße ausgeschaltet, die revolutionären Total- und Betriebsinstanzen der Arbeiter überbieten einander in phantastischen Forderungen, die schließlich häufig unter Regierungsdruck — aus Angst vor Anarchie und Sabotage — bewilligt werden. Da die Ueberwälzung auf den Konsum nur zum kleinen Teil gelingen kann, ist die Folge Kapitalauspörierung statt Umsatzerhöhung. Die Betriebsreserven zerrinnen.

Wenn die „Revolutionswirtschaft“, so wie sie jetzt ist, noch einige Zeit dauert, brechen alle Grundlagen des künftigen ökonomischen Wiederaufbaues zusammen. Zweierlei tut not: eine neue, rigoros durchgeführte Arbeitspflicht (sie mit dem Hilfsdienstgesetz aufzuheben, war einer der schwersten Fehler, die in der Revolutionsära begangen wurden) und eine generelle, vernünftige kollektive Lohnfestsetzung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, hinter der die Zwangsfunktion des Staates steht. Voraussetzung für beide ist freilich eine Regierung mit wirklicher Exekutivgewalt.